



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2013/2238(DEC)

21.2.2014

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen
Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche
Altersversorgung für das Haushaltsjahr 2012
(C7-0326/2013 – 2013/2238(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Antolín Sánchez Presedo

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass das Europäische Parlament bei der Einrichtung der EIOPA eine treibende Kraft war und dass sich die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden noch in der Aufbauphase befinden, und vertritt daher die Auffassung, dass es nach wie vor einer besseren Koordinierung auf EU-Ebene bedarf;
2. vertritt die Auffassung, dass der Beitrag der Behörde zur Förderung der Sicherheit und Stabilität von Versicherungs- und Rückversicherungsanstalten und zur Wahrung der Interessen der Versicherten und der Mitglieder von Altersversorgungssystemen für die wirtschaftliche Erholung sowie die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze und nachhaltigen Wachstums in Europa wesentlich ist;
3. nimmt zur Kenntnis, dass der Jahresabschluss der Behörde nach Beurteilung des Rechnungshofs in allen wesentlichen Punkten ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild ihrer finanziellen Lage zum 31. Dezember 2012 vermittelt und dass der Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2012 abgelaufene Haushaltsjahr in allen wesentlichen Belangen rechtmäßig und ordnungsgemäß ist;
4. begrüßt, dass die Behörde bis September 2013 infolge der Anmerkungen des Rechnungshofs aus dem Jahr 2011 zwei Korrekturmaßnahmen zum Abschluss gebracht hat; weist darauf hin, dass dieser Prozess vollkommen zufriedenstellend sein muss; stellt fest, dass die Korrekturmaßnahmen noch nicht abgeschlossen und unbedingt erforderlich sind;
5. betont, dass die der EIOPA zusätzlich übertragenen Aufgaben sowie die künftigen Aufgaben, die in den noch zu billigenden Legislativvorschlägen vorgesehen sind, eine Aufstockung der Haushaltsmittel und zusätzliches Personal erfordern, damit die Behörde ihre Aufsichtsfunktion zufriedenstellend ausüben kann; hält dies auch deshalb für besonders wichtig, weil die Aufgaben der Aufsichtsbehörden aller Voraussicht nach weiter zunehmen werden, und stellt fest, dass etwaigen Aufstockungen des Personals nach Möglichkeit Rationalisierungsbestrebungen etwa in Form von Umschichtungen vorausgehen oder sie mit solchen einhergehen sollten, damit Effizienzsteigerungen erzielt werden können;
6. kommt zu dem Schluss, dass die für die EIOPA bislang geltenden Finanzierungsregelungen, die auf einem System der Mischfinanzierung beruhen, unflexibel sind und zu Verwaltungsaufwand führen sowie ihre Unabhängigkeit gefährden könnten; fordert die Kommission daher entsprechend seiner Empfehlung auf, im Zuge der Überprüfung der Verordnung eine eigene, aus dem Haushalt der EU finanzierte Haushaltlinie einzurichten und die Einführung von von den Marktteilnehmern zu entrichtenden Gebühren zu erwägen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	20.2.2014
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 24 -: 0 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marino Baldini, Jean-Paul Basset, Sharon Bowles, George Sabin Cutaş, Rachida Dati, Leonardo Domenici, Diogo Feio, Ildikó Gáll-Pelcz, Jean-Paul Gauzès, Sven Giegold, Liem Hoang Ngoc, Jürgen Klute, Antolín Sánchez Presedo, Olle Schmidt, Corien Wortmann-Kool, Pablo Zalba Bidegain
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Bas Eickhout, Sari Essayah, Ashley Fox, Sophia in 't Veld, Olle Ludvigsson, Thomas Mann
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Marta Andreasen